



Kleine Anfrage

des Abgeordneten Daniel Günther (CDU)

und

Antwort

der Landesregierung -

Rückkehrrecht der Bildungsministerin zur Universität Flensburg

Vorbemerkung des Fragestellers:

In den Kieler Nachrichten vom 9. April 2014 war zu lesen, dass Wissenschaftsministerin Professor Wende „selbstverständlich eine Rückkehroption“ als Dozentin habe. In den Lübecker Nachrichten vom 9. Mai 2014 heißt es, dass eine entsprechende Vereinbarung mit der Hochschule kurz vor Ostern aufgelöst worden sei.

Dazu frage ich die Landesregierung:

1. Seit wann war der Landesregierung die Existenz eines Rückkehrrechtes von Professor Wende zur Universität Flensburg bekannt?
2. Wie war dieses Rückkehrrecht ausgestaltet?
3. Zu welchem Lehrstuhl hatte sie ein Rückkehrrecht?
 - a) Gab es über dieses Rückkehrrecht einen Vertrag zwischen Professor Wende und der Universität Flensburg?
 - b) Wenn ja, wer hat diesen Vertrag unterschrieben?
4. Ist dieser Lehrstuhl aktuell besetzt?

Wenn ja, was wäre im Falle ihrer Rückkehr mit dem Amtsinhaber passiert?

5. Ist ein Rückkehrrecht für eine Universitätspräsidentin tatsächlich, wie in den Kieler Nachrichten berichtet wurde, selbstverständlich?
Wenn nein, weshalb wurde im Fall von Professor Wende von dieser Praxis abgewichen?
6. Wurde durch die Landesregierung eine rechtliche Bewertung dieses Vertrages vorgenommen?
 - a) Wenn ja, wann und wie sieht diese rechtliche Bewertung aus?
 - b) Wenn nein, warum nicht?
7. Wer hat innerhalb der Landesregierung wann Kenntnis von dieser rechtlichen Bewertung genommen?
8. Wann und in welcher Form wurde dieser Vertrag aufgelöst?
9. Wer innerhalb dieser Landesregierung wusste wann von dieser Auflösung?
10. Gab es zwischen der Berichterstattung in den Kieler Nachrichten vom 9. April 2014 und dem Verzicht auf das Rückkehrrecht Gespräche zwischen Professor Wende und anderen Kabinettsmitgliedern über den Sachverhalt und dessen rechtlicher Bewertung?

Daniel Günther